

presse

AG Bildung und Forschung

Faire Bedingungen für Praktika: Union und FDP müssen jetzt handeln

*Anlässlich des heutigen Praktikantenstreiks erklärt der stellvertretende Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion **Swen Schulz**:*

Immer mehr junge Menschen finden nach Abschluss ihrer Berufsausbildung oder ihres Studiums keinen direkten Einstieg in den Beruf. Stattdessen starten sie ihren Berufseinstieg über Praktika. Diese können sinnvoll sein, sofern sie als Lernverhältnis der Berufsorientierung dienen und einen Einblick in einen Beruf vermitteln. Doch die Praxis sieht leider anders aus. Oftmals werden reguläre Vollzeit Arbeitsplätze mit Praktikanten besetzt - ohne Vertrag und ohne Vergütung.

Die SPD fordert seit langem bessere gesetzliche Klarstellungen beziehungsweise Ergänzungen zur besseren Abgrenzung von Praktika- und Arbeitsverhältnissen, schriftliche Verträge für alle Praktika- und vergleichbare Berufseinsteigerverhältnisse und eine angemessene Vergütung, wie sie im Berufsbildungsgesetz und im Arbeitsrecht garantiert wird. Obwohl wir nach langen Verhandlungen mit der CDU/CSU kurz vor dem Ziel waren, endlich faire gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, hat die Union auf den letzten Metern den von uns vorgeschlagenen Verbesserungen blockiert.

Genau wie die CDU/CSU sieht auch die FDP keinerlei Handlungsbedarf und übersieht dabei die Realität. Unsere jungen Absolventen sind unsere Fachkräfte von morgen und müssen beim Berufseinstieg motiviert, unterstützt und geschützt werden. Die schwarz-gelbe Regierung hat aber nur Augen und Ohren für die Unternehmen, die offen zugeben, Vollzeit Arbeitsplätze in unbezahlte Praktikumsplätze umzuwandeln.

Die SPD wird sich auch weiterhin für klare gesetzliche Regelungen zur

Eindämmung des Missbrauchs von Praktika einsetzen und nicht locker lassen, bis auch schwarz-gelb die problematische Situation endlich versteht und handelt.